



Ratspräsidentschaft: Kroatien übernimmt das Ruder

Politischer Fokus: Erweiterung

Am 01.01.2020 hat Kroatien seit Beginn der Mitgliedschaft 2013 den Vorsitz im Rat übernommen. Es folgt in der Triopräsidentschaft auf Rumänien und Finnland. Das Präsidentschaftsprogramm steht unter dem Motto: „Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen“. Der sechsmonatige Vorsitz ist inhaltlich auf vier Säulen aufgebaut:

- • A Europe that develops – ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der EU,
- • A Europe that connects – vernetzte Wirtschaft und Nutzen von Potenzialen,
- • A Europe that protects – eine sichere Union und ihre Bürger,
- • An influential Europe – EU als "global leader" und starker Partner seiner Nachbarn.

Die Präsidentschaft stellt sich auf vier horizontale konkrete Schwerpunktthemen ein: Mehrjähriger Finanzrahmen, Erweiterung, Brexit und die Konferenz zur Zukunft Europas.

Kroatien, jüngstes Mitglied der Europäischen Union unterstrich bei der Vorstellung des Programms, dass die EU vor zahlreichen internen und externen Herausforderungen stehe. Ziel müsse es sein, ein klimaneutrales, wettbewerbsfähiges und gerechtes Europa zu schaffen. Angesichts unterschiedlicher wirtschaftlicher Stärken in der Europäischen Union sei es von Bedeutung, niemanden zurückzulassen. Innovation und Grundrechte seien in ein Gleichgewicht zu bringen.

Die Aussicht auf einen Abschluss von konkret anstehende Dossiers, insbesondere die, die mit dem EU-Haushalt nach 2020 in Verbindung stehen, sind nach Aussagen der Präsidentschaft auch von einer sichtbarerem Bereitschaft des Europäischen Parlamentes abhängig. Kroatien betonte, man stehe in intensiven Gesprächen mit allen zuständigen Verhandlungspartnern, nachdem das Parlament im Dezember 2019 entschieden habe, alle Dossiers bezüglich des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) einzufrieren. Es wurde unterstrichen, dass sich erste Ansätze zur Fortführung der Verhandlungen abzeichnen würden. Weitere Arbeiten seien notwendig.

Deutschland wird am 01.07.2020 von Kroatien die Präsidentschaft übernehmen. Von Seiten Deutschlands wurde unterstrichen, dass man angesichts der Fülle an Themen die kroatische Präsidentschaft nach Kräften unterstützen und für einen reibungslosen Übergang zwischen den Präsidentschaften Sorge tragen werde. Nicht abschließend verhandelte Dossiers werden auch Inhalte an die deutsche Ratspräsidentschaft beeinflussen. Politisch relevant ist auch hier das Haushaltsdossier. Das Präsidentschaftsprogramm Kroatiens steht zwar nicht im grundsätzlichen Widerspruch mit den Prioritäten Deutschlands. Allerdings ist Kroatien „Kohäsionsfreund“. Zum Auftakt des kroatischen Vorsizes machte Ministerpräsident Plenkovic anlässlich einer Pressekonferenz vor dem traditionellen Besuch der Kommission in Zagreb deutlich, dass Kroatien eine Kürzung der Kohäsion als nicht gerechtfertigt betrachte.

Kroatien legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Themen Westbalkan und Erweiterung. Man strebt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien an. Das für die Präsidentschaft wichtigste politische Treffen wird die Ausrichtung des Westbalkangipfels am 07.05.2020 in Zagreb sein. Ein Querschnittsthema sieht die Präsidentschaft in der Demographischen Entwicklung. Kroatien habe seit dem EU-Beitritt einen massiven „brain drain“ in andere Mitgliedstaaten durchlebt. Man wolle eine Auseinandersetzung mit dem Thema auf europäischer Ebene mit einem positiven Grundansatz („brain circulation“) anregen, u.a. für die Bereiche Bildung und Forschung, Arbeitsmarkt-, Kohäsions-, Jugend- und Gesundheitspolitik.



Finanzpolitik

Mehrfähriger Finanzrahmen

In finanzpolitischer Hinsicht ist die kroatische Ratspräsidentschaft bestrebt, eine ehrgeizige und ausgewogene Einigung über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021-2027 zu erzielen. Zu dem Zweck will sie sich um ein Gleichgewicht zwischen der Finanzierung traditioneller Politikbereiche – wie der Kohäsions- und der Gemeinsamen Agrarpolitik – und solcher Politikfelder, die auf die Bewältigung neuer Herausforderungen abzielen, bemühen. Des Weiteren will die Präsidentschaft u.a. alles dafür tun, dass der rechtzeitige Beginn für die Umsetzung neuer Programme ab dem 01.01.2021 sichergestellt ist.

Für Kroatien stellt das Vorhaben, eine Einigung in Sachen MFR zu erzielen, eine große Herausforderung dar. So waren die drei vorherigen Ratspräsidentschaften (Österreich, Rumänien, Finnland) nicht in der Lage, einen Kompromiss unter den Mitgliedstaaten im Rat zu erzielen. Die Positionen im Rat sowie zwischen Rat und Parlament sind in entscheidenden Punkten, wie der Höhe des Gesamtrahmens und der Zuordnung der Haushaltsmittel auf die einzelnen Ausgabenrubriken, nach wie vor unvereinbar. In seinen Schlussfolgerungen zur Tagung vom 12.12.2019 hat der Europäische Rat seinen Präsidenten, Charles Michel, aufgefordert, die Verhandlungen voranzubringen, um zu einer endgültigen Einigung zu gelangen. Ein möglicher Sondergipfel des Europäischen Rats im Februar ist offenbar noch nicht vom Tisch. Michel wird ihn aber nur dann einberufen, wenn er bis dahin genügend Fortschritte sieht, um tatsächlich bald eine Einigung zu erzielen.

Wirtschafts- und Währungsunion

Der kroatische Vorsitz beabsichtigt, die Arbeiten zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion fortzusetzen. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf einer weiteren Vertiefung der Bankenunion. Dies schließt u.a. die Fortsetzung der gegenwärtigen Diskussionen über die Einrichtung eines Europäischen Einlagensicherungssystems (EDIS) ein. Gleichzeitig will man sich um Maßnahmen bemühen, die ein Anwachsen von notleidenden Krediten in der Zukunft vermeiden. Darüber hinaus setze die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion weitere Reformprozesse und eine stärkere Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten voraus. Hierzu wird u.a. eine endgültige Einigung über das Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC/Eurozonenbudget) angestrebt. Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Euro-Gruppe hatten sich zuletzt auf ihrer Sitzung am 09.10.2019 auf ein (weiteres) Eckpunktepapier zum BICC geeinigt, in dem es u.a. um die Governance-Struktur und die Finanzierung des Haushaltsinstruments sowie die Verteilung der Mittel geht (vgl. hierzu EU-Wochenbericht Nr. 34-2019 vom 14.10.2019). Über den endgültigen Umfang des BICC soll im Rahmen der Verhandlungen zum künftigen MFR 2021-2027 entschieden werden.

Kapitalmarktunion

Die kroatische Ratspräsidentschaft möchte auch zu einer Vertiefung der Kapitalmarktunion beitragen, um so das Finanzsystem der EU stabiler, offener und wettbewerbsfähiger zu machen. Im Fokus steht dabei u.a., die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Kleinanlegern an den Kapitalmärkten zu erleichtern. Das steht auch im Einklang mit den Zielen der neuen Kommission. Kroatien möchte weiterhin die Festlegung neuer Prioritäten unterstützen, die zur Annahme eines neuen Aktionsplans für den „nächsten“ institutionellen Zyklus führen werden. Hierbei soll auch der Bedeutung des Finanzsektors für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft Rechnung getragen werden.

All das steht auch im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) zur Vertiefung der Kapitalmarktunion vom 05.12.2019. Vor dem Hintergrund, dass der



ursprüngliche Aktionsplan aus dem Jahre 2015 kurz vor dem Abschluss steht und ein Großteil der vorgesehenen Reformen angenommen wurde, hatte der Rat anlässlich seiner Sitzung vom 05.12.2019 beschlossen, dass das Projekt der Kapitalmarktunion fortgeführt und weiter vertieft werden müsse. In den Schlussfolgerungen sind die fünf wichtigsten Ziele für die Vertiefung der Kapitalmarktunion festgelegt, denen mögliche und noch zu überprüfende Einzelmaßnahmen zugeordnet werden. Die fünf wichtigsten Ziele für die Vertiefung der Kapitalmarktunion sind hiernach

- ein verbesserter Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen in der EU, insbesondere für KMU,
- die Beseitigung struktureller und rechtlicher Hindernisse für verstärkte grenzüberschreitende Kapitalströme,
- die Schaffung von Investitionsanreizen und die Beseitigung von Investitionshindernissen für gut informierte Kleinanleger,
- die Förderung des Übergangs zu nachhaltigen Volkswirtschaften,
- Aufgeschlossenheit gegenüber dem technologischen Fortschritt und der Digitalisierung sowie
- die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit.

Steuerpolitik

Steuerpolitisch möchte die kroatische Ratspräsidentschaft dazu beitragen, dass die geltenden internationalen Steuervorschriften an die Globalisierung und Digitalisierung angepasst werden, um eine gerechte Besteuerung zu gewährleisten, die sich danach richtet, wo die Wertschöpfung stattfindet. Darüber hinaus sollten auch mit Hilfe des Steuersystems Maßnahmen ergriffen werden, die dazu beitragen, den Klimawandel einzudämmen (z.B. höhere Steuern auf Produkte, die den Klimawandel befördern). Einen weiteren Schwerpunkt sieht die kroatische Präsidentschaft u.a. in der Gewährleistung von Steuertransparenz, der Bekämpfung von schädlichem Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung. Die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer wird nicht ausdrücklich erwähnt.

Wirtschafts- und Kohäsionspolitik

Der kroatischen Ratspräsidentschaft geht es bei der Priorität „A Europe that develops“ um die ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten. Im Zusammenhang mit der „Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Fähigkeiten“ werden (1) die weitere Vertiefung des Binnenmarktes und die Digitalisierungsagenda, (2) die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und kleiner und mittlerer Unternehmen, (3) die Unterstützung von Investitionen in Sektoren mit höherer Wertschöpfung, um die Wirtschaft zu stärken und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen sowie (4) die Förderung der Entwicklung neuer grüner Technologien und der Kommerzialisierung von Innovationen genannt.

Die zentrale Ratsformation für die genannten Punkte ist der Wettbewerbsfähigkeitsrat. Das Programm nennt im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt und der Wettbewerbsfähigkeit (1) einen Austausch zu einem langfristigen Aktionsplan für eine bessere Um- und Durchsetzung der Binnenmarktregeln, (2) Schlussfolgerungen zur besseren Rechtsetzung, (3) einen Schwerpunkt auf KMU, (4) die Automatisierung und Digitalisierung in Unternehmen, (5) Wettbewerbsrecht (insb. für die Digitalwirtschaft) sowie (6) Datenwirtschaft und (7) den Schutz geistigen Eigentums als Themen. Daneben wird die Industriepolitik als weiterer Punkt benannt. Eine umfassende und langfristige industriepolitische Strategie unter Berücksichtigung von anderen Politikbereichen (Energie-, Umwelt und Binnenmarktpolitik) soll besondere Aufmerksamkeit erhalten. Dabei seien außerdem Synergien zum Europäischen Grünen Deal (EGD) zu berücksichtigen (vgl. dazu die Ausführungen unter Klimapolitik). Die kroatische Ratspräsidentschaft formuliert daneben Bezüge zu den Arbeiten hinsichtlich strategischer Wertschöpfungsketten sowie wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI). Außerdem sollen die Diskussion zur digitalen Transformation der europäischen Industrie sowie zu Künstlicher Intelligenz fortgesetzt werden (u.a. bei der 2020 Digital Assembly in Zagreb). Die Veröffentlichung der Vorschläge zu Entwicklung eines europäischen Ansatzes

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



für Künstliche Intelligenz werden ebenso wie die Strategien der Kommission für Industrie und KMU in die Zeit der kroatischen Ratspräsidentschaft fallen.

Im Rat "Auswärtige Angelegenheiten" wird das Thema Verteidigungsindustrie behandelt. Es wird in der Europäischen Kommission mittlerweile deutlich prominenter durch den Binnenmarktkommissar Thierry Breton und die neu geschaffene und ihm zugeordnete Generaldirektion ‚Verteidigungsindustrie und Raumfahrt‘ betreut. Die Ratspräsidentschaft kündigt die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – einschließlich eines Fokus von KMU – in diesem Bereich an. Der Europäische Verteidigungsfond soll zur Erreichung der Ziele beitragen und während der kroatischen Ratspräsidentschaft weiter behandelt werden.

Im Rahmen ausgewogener Regionalentwicklung sollen insbesondere die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten reduziert und die wirtschaftliche und soziale Kohäsion und Konvergenz gefördert werden. Beim Programm und den formulierten Aktivitäten im Rat für Allgemeine Angelegenheiten nimmt das Thema daher eine wichtige Rolle ein. Kroatien möchte die Voraussetzungen für einen Start der Programme zum 01.01.2021 schaffen. Nach Auffassung der kroatischen Ratspräsidentschaft ist Kohäsionspolitik von entscheidender Bedeutung für die Verringerung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede und für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und aller seiner Regionen. Die Sichtbarkeit und der Mehrwert der Kohäsionspolitik sollen bei einer Reihe von formellen und informellen Veranstaltungen aufgezeigt werden.

Für diese Ratsformation wird außerdem die Befassung mit dem Europäischen Semester (vgl. Ausführungen in diesem EU-Wochenbericht) angekündigt. Das Programm enthält eher verfahrensbezogene Ausführungen. So sollen u.a. die reibungslose Umsetzung und der Austausch zwischen Mitgliedstaaten und Institutionen sowie relevanten Gruppen unterstützt werden.

Der Tourismus wird in der Priorität „A Europe that develops“ unter dem Gesichtspunkt „Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels“ angeführt, wobei es um die Förderung der nachhaltigen Formen des Tourismus gehen soll. Vor allem der Wettbewerbsfähigkeitsrat wird sich mit dem Thema befassen. Nach Auffassung der kroatischen Ratspräsidentschaft sollte Tourismus stärkere Aufmerksamkeit bei den Politikbereichen und in den Institutionen der Europäischen Union erhalten. Es wird die Schaffung einer europäischen Tourismusmarke für die gemeinsame Werbung der Mitgliedstaaten in fernen Märkten vorgeschlagen.

Unter dem Gesichtspunkt „Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels“ wird auch die Kreislaufwirtschaft genannt. Der entsprechende Aktionsplan (Veröffentlichung während der kroatischen Ratspräsidentschaft) sowie ein strategischer Rahmen für Chemikalien und für Abfallwirtschaft auf globaler Ebene wird im Umweltrat behandelt (vgl. Ausführungen zur Umweltpolitik).

Die Priorität „A Europe that connects“ nimmt die Vernetzung innerhalb der Europäischen Union in den Blick. Ein Gesichtspunkt ist dabei die hochqualitative und sicherere Dateninfrastruktur, wozu (1) die Schaffung eines funktionierenden digitalen Binnenmarktes und Verringerung der digitalen Kluft, (2) die Schaffung von Bedingungen für das reibungslose Funktionieren und Sicherheit von 5G-Netzen und (3) Organisation eines Austauschs über rechtliche und Aspekte der Künstlichen Intelligenz und Definition von Standards für neue Technologien zählen soll. Der Telekommunikationsrat wird sich dieser Themen annehmen.

Die kroatische Ratspräsidentschaft möchte hinsichtlich der 5G-Netze den zügigen Ausbau durch Maßnahmen der Cybersicherheit unterstützen und in dem Zusammenhang auch die Voraussetzung für die digitale Komponente von ‚Smart Cities‘ berücksichtigen. Die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben (NIS-Richtlinie und Rechtsakt zur Cybersicherheit) sowie die Fortsetzung der Verhandlungen zur Errichtung eines Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung und einem Netz nationaler Koordinierungszentren zählen zu den weiteren Themen in diesem Bereich. Die Priorität „A Europe that protects“ nennt unter der Überschrift „Resilienz gegen hybride Bedrohungen stärken“ u.a. den Kampf gegen alle Arten von hybriden Bedrohungen und böswillige

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Cyber-Aktivitäten und den Aufbau beruflicher und technologischer Kapazitäten im Bereich der Cybersicherheit. Daneben wird der Schutz personenbezogener Daten und Schutz der Privatsphäre unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Freiheiten und der Demokratie aufgeführt.

Konnektivität, der digitale Binnenmarkt und neue Technologien wie künstliche Intelligenz, Internet der Dinge (IoT) und die damit verbundene Datenökonomie sollen ebenfalls im Telekommunikationsrat behandelt werden. Der Aspekt neuer Technologien wird auch in den Ausführungen des Programms zur Ratsformation „Justiz und Inneres“ aufgegriffen. So soll die Folgenabschätzung für neue Technologien (Drohnen, künstliche Intelligenz, Verschlüsselung und 5G-Netze) in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden und den zuständigen europäischen Agenturen behandelt werden.

Außenhandelspolitik

Die kroatische Ratspräsidentschaft nennt im Rahmen der Prioritäten lediglich die Sicherung und Stärkung des regelbasierten multilateralen Handelssystems als Vorhaben der Handelspolitik im engeren Sinn. Dieser Punkt wird in der Priorität „An influential Europe“ unter dem Gesichtspunkt einer europäischen Führungsrolle in der Welt genannt. Die unter dieser Priorität aufgeführten Aspekte für Partnerschaften in der Welt – insb. Südosteuropa – werden sicherlich eine wirtschafts- und handelspolitische Komponente haben. Das Programm der kroatischen Ratspräsidentschaft nennt weitere Aspekte, wobei die Umsetzung der genannten Priorität in der Ratsformation "Auswärtige Angelegenheiten" erfolgen soll.

Europa soll weiter für die Förderung eines fairen und offenen globalen Handels auf der Grundlage von Regeln, die wirksam, anwendbar und durchsetzbar sind und für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, stehen. Neben der Fortsetzung von Arbeiten zur Welthandelsorganisation (WTO) soll der Abschluss der Verhandlungen zu Handelsabkommen und die Umsetzung der bereits beschlossenen Abkommen erreicht bzw. gefördert werden. Die transatlantischen Beziehungen sowie das Verhältnis zu China sollen weiter behandelt werden. Laufende Gesetzgebungsverfahren zum Internationalen Beschaffungsinstrument (IPI) und Dual-Use-Gegenständen sollen fortgesetzt werden. Im Hinblick auf die Zollunion soll insb. die finanzielle Unterstützung der Zollbehörden ermöglicht werden.

Digitalisierung

Der Bereich Digitalisierung spielt an mehreren Stellen innerhalb des Programms und der Prioritäten der kroatischen Ratspräsidentschaft eine wichtige Rolle. Dies gilt vor allem für die strategische Säule „A Europe that connects“. Dabei betont der Ratsvorsitz die Rolle der Netzwerk-Wirtschaft in einer immer stärker verbundenen Welt.

Ein Schwerpunkt in der Säule „A Europe that connects“ ist dabei die Gewährleistung einer sicheren Dateninfrastruktur von hoher Qualität. Auch in den anderen Prioritäten des Ratsvorsitzes finden sich weitere Bezüge zur Digitalisierung. Innerhalb der strategischen Priorität „A Europe that protects“ ist etwa ein Schwerpunkt der Präsidentschaft der Umgang mit „Fake News“ auf digitalen Plattformen.

Hinsichtlich des Programms der einzelnen Ratsformationen finden sich digitale Themen vor allem im Bereich des Telekommunikations-(TK)-Rates wieder (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter Wirtschafts- und Kohäsionspolitik). Schwerpunktthemen sind dort u.a. 5G und Cybersicherheit. Weiterhin will die Präsidentschaft an der Sicherstellung von Konnektivität, der Etablierung eines funktionierenden digitalen Binnenmarktes und einem Durchbruch in neuen Bereichen arbeiten. Dazu zählen vor allem KI, Internet of Things und die Datenwirtschaft. Mit Blick auf die Gesellschaft will der neue Ratsvorsitz zudem die „digitale Kluft“ (Digital Gap) reduzieren und digitale Kompetenzen stärken. Zudem betont der neue Ratsvorsitz die Bedeutung der Blockchain-Technologie. Diese könne zu signifikanten Verbesserungen im Bereich Industrie und Verwaltung führen. Der Vorsitz sei dazu bereit, an allen entsprechenden Initiativen zu arbeiten.

Energiepolitik

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Innerhalb des Programms der kroatischen Ratspräsidentschaft finden sich der Bereich der Energiepolitik mit Blick auf die vier übergeordneten strategischen Säulen innerhalb des Themenschwerpunkts „A Europe that connects“ wieder. Insgesamt hebt die Ratspräsidentschaft die Bedeutung des integrierten Energiebinnenmarktes hervor. Weiterhin definiert die neue Präsidentschaft drei Unterziele im Energiesektor: (1) die weitere Implementierung und Umsetzung der Energieunion, (2) die Stärkung der Energiesicherheit sowie (3) die Förderung der Rolle von Inseln im Bereich der europäischen Energiewende sowie insgesamt die Förderung der europäischen Energiewende und von sauberen Energietechnologien („Clean Energy Transition“).

Mit Blick auf (1) die Energieunion kündigt die Präsidentschaft an, weiterhin an der Implementierung der fünf Säulen der Energieunion zu arbeiten (Energiesicherheit, Energiebinnenmarkt, Dekarbonisierung, Energieeffizienz, Forschung und Innovation). Diese Umsetzung basiert vor allem auf dem Gesetzgebungsprozess und der Annahme des „Clean Energy Package“ während der Juncker-Kommission. Unter der kroatischen Präsidentschaft stehen diesbezüglich vor allem die nationalen Energie- und Klimapläne („NECP: Nationale Energy and Climate Plans“) und somit die Realisierung der europäischen Ziele für 2030 im Fokus. Die Mitgliedstaaten mussten dazu bis zum 31.12.2019 die finalen NECPs vorlegen. Die Kommission plant bis zum Sommer eine Bewertung dieser Pläne. Sie soll noch unter der aktuellen kroatischen Präsidentschaft erfolgen und dazu eine Diskussion auf dem Energierat am 15.06.2020 erfolgen.

Hinsichtlich (2) der Energiesicherheit wird die Präsidentschaft besonderes Augenmerk auf die Diversifizierung und die Entwicklung von entsprechender Energieinfrastruktur legen. Die Präsidentschaft zeigt sich offen für erste Diskussionen bezüglich der Modernisierung des Gasmarktes und mit Blick auf ein später kommendes Dekarbonisierungs-Paket der Europäischen Kommission. Im Bereich (3) der Energiewende und der Verwendung sauberer Technologien konzentriert sich die Präsidentschaft auf die Rolle von Inseln („Clean Energy for EU Islands“). Zudem soll eine Diskussion der energiespezifischen Aspekte des Europäischen Grünen Deal (EGD) in diesem Zusammenhang erfolgen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Bereich der Energieaußenpolitik und der entsprechenden Beziehungen. In diesem Rahmen spielen die Reform der Energiecharta und der Energiegemeinschaft eine wichtige Rolle. Ggf. plant die Präsidentschaft in diesem Zusammenhang die Annahme eigener Ratschlussfolgerungen. Diese sollen sich dann entsprechend auf die globale Dimension des EGD und die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in den Energieaußenbeziehungen konzentrieren.

Klimapolitik

Innerhalb des Programms der kroatischen Ratspräsidentschaft finden sich der Bereich der Klimapolitik mit Blick auf die vier übergeordneten strategischen Säulen innerhalb des Themenschwerpunkts „A Europe that develops“ wieder. Dabei betont die neue Präsidentschaft vor allem die Verbindung aus Klimaschutz, einem nachhaltigen Wachstum sowie einem fairen Übergang („Just Transition“).

Mit Blick auf die Vorhaben der entsprechenden Ratsformation betont die Präsidentschaft zunächst die Bedeutung des Klimaschutzes und die globale Vorreiterrolle der EU. Insgesamt steht der EGD und somit die Diskussionen zu Klimaneutralität im Zentrum. Laut Präsidentschaft seien weitere Anstrengungen notwendig, um Klimaneutralität in der EU zu erreichen.

Die kroatische Präsidentschaft will dazu in den kommenden sechs Monaten die Diskussionen zum EGD und den einzelnen Initiativen beginnen. Ziel dabei ist die Erreichung von Klimaneutralität in der EU bis zum Jahr 2050. Sie beabsichtigt, die Arbeiten am EU-Klimagesetz zur legislativen Untermauerung des Ziels der Erreichung von Klimaneutralität zu beginnen. Die Europäische Kommission hatte die Vorlage des entsprechenden Entwurfs für März 2020 angekündigt.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Ein weiterer Schwerpunkt im Klimabereich ist die effiziente und ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Diesbezüglich wird der Ratsvorsitz gemäß den entsprechenden Vorgaben des Klimaabkommens an der Vorbereitung und entsprechenden Übermittlung einer langfristigen EU-Klimastrategie („EU’s long-term low-carbon strategy“) sowie an den entsprechenden „nationalen festgelegten Beiträgen“ der EU im Rahmen dieses Prozesses (NDC: nationally determined contributions) arbeiten. Diese Langfriststrategie muss die EU gemäß UNFCCC (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen) Anfang 2020 vorlegen.

Zudem betont der kroatische Vorsitz die Bedeutung einer kosteneffizienten und fairen Wende hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und Gesellschaft. Diesbezüglich soll auch die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gewahrt werden. Dazu will der kroatische Vorsitz eine Diskussion hinsichtlich der Finanzierung der Klimaneutralität bis 2050 starten.

Verkehrspolitik

Eine „Europa das verbindet“ ist eines der vier Hauptthemen der kroatischen Ratspräsidentschaft. Der Fortschritt der Europäischen Union benötigt die Nutzung des infrastrukturellen Potentials und die reibungslose Verbindung aller Wirtschaftszweige. Deshalb legt die Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf den Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur.

Im Verkehrsbereich fokussiert die kroatische Ratspräsidentschaft auf den einheitlichen europäischen Verkehrsraum. Eine angemessene Finanzierung für den weiteren Ausbau der Transportnetzwerke, deren Verbesserung und die Anbindung an Nachbarregionen stehen im Fokus. Das Mobilitätspaket wird im Programm nicht gesondert erwähnt.

Der Verkehrsrat soll am 04.06.2020 tagen.

Finanzierung der Transportnetzwerke

Die Europäische Kommission erstellte eine Karte der wichtigsten Transportnetzwerke innerhalb der Europäischen Union. Diese Karte ist aufgeteilt in ein Kern- und Gesamtnetz. Das Kernnetz soll bis 2030 fertig gestellt werden, das Gesamtnetz bis 2050. Infrastrukturprojekte, welche auf dem Kern- oder Gesamtnetz liegen, könnten finanzielle Unterstützung über die sogenannte „Connecting Europe Facility (CEF)“ erhalten. Die Connecting Europe Facility erhielt für die laufende Finanzperiode 2014 – 2020 eine finanzielle Ausstattung von rund 24 Milliarden Euro für Transportprojekte. Für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 – 2027 soll die CEF verlängert werden. Der Vorschlag der Kommission im Juni 2018 bezifferte ein Volumen von 30.4 Milliarden Euro. Die Mittelausstattung wurde zum vorherigen MFR um 6.4 Milliarden Euro erhöht, um in Zukunft auch militärischen Mobilität unterstützen zu können. Während das Europäische Parlament eine weitere Erhöhung der CEF Mittel fordert, gibt es vom Europäischen Rat noch keine Position. Drei Ratspräsidentschaften konnten noch keine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten erzielen. Bis spätestens Ende 2020 müssen sich die Mitgliedstaaten in Abstimmung mit der Kommission und der Zustimmung des Europäischen Parlaments auf einen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021- 2027 einigen, und damit auch auf die Höhe der Mittelausstattung für die CEF. Die kroatische Ratspräsidentschaft signalisierte, dass sie für den Abschluss der CEF Verhandlungen bereitstehen, sobald die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen beendet seien.

Ausbau und Verbesserung der Anbindungen an Nachbarregionen

Im Dezember erließen die Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Standpunkt zu schnelleren Genehmigungsverfahren für den Bau von grenzüberschreitender Infrastruktur, die zum Kern des transeuropäischen Verkehrsnetzes gehören. Die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament beginnen nun unter kroatischer Präsidentschaft, welche die Verhandlungen auch abschließen möchte. Das Parlament fordert eine zeitliche Begrenzung des Genehmigungsverfahrens auf höchstens drei Jahre, die Mitgliedstaaten hingegen fordern vier Jahre. Das Parlament besteht außerdem, wie die

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Kommission, auf einer Verordnung, welche unmittelbar in allen Mitgliedstaaten gilt. Die Mitgliedstaaten wollen eine Richtlinie und damit mehr Handlungsspielraum bei der Umsetzung. Strittig war auch die Einrichtung einer Genehmigungsbehörde, weswegen der Bundestag im Jahr 2018 eine Subsidiaritätsrüge ausgesprochen hatte.

Mobilitätspaket / Eurovignette

Im Programm der kroatischen Ratspräsidentschaft findet sich kein Schwerpunkt auf die weiteren Verhandlungen des Mobilitätspakets, welches wichtige Aspekte des Landverkehrs wie Lenk- und Ruhezeiten von Lastkraftfahrern oder die Bemannung von LKWs regelt. Die Verhandlungen zu dem Paket gestalten sich weiter als zäh zwischen den Mitgliedstaaten. Kroatien kündigte allerdings an, Gespräche zu der Eurovignette (Bemannung von LKWs) mit den Mitgliedstaaten der Sperrminorität zu führen, um Blockaden aufzulösen und, wenn möglich, eine Allgemeine Ausrichtung zu erzielen. Insbesondere unterschiedlichen Modelle zur Bepreisung von CO₂ sollen diskutiert werden. Die Kommission erwartet von der Präsidentschaft eine ambitionierte Allgemeine Ausrichtung, die ihrer Zielsetzung von 50% weniger CO₂-Emissionen bis 2030 entgegenkommt.

Justizpolitik

Im Bereich der Justizpolitik betont die kroatische Präsidentschaft, dass die Europäische Union ein Raum mit einem hohen Maß an Freiheit, Sicherheit und Recht bleiben sollte, der auf gemeinsamen Werten, Grundrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruht. Vor diesem Hintergrund sei wichtig, dass die neuen Maßnahmen und Gesetzesvorschläge darauf ausgerichtet seien, den Aufbau einer Union der Gleichheit und des Rechts fortzusetzen. Zugleich soll die innere Sicherheit der Union gestärkt werden.

Der Justizrat soll im ersten Halbjahr 2020 am 12.03.2020 und am 04.06.2020 stattfinden.

Rechtsstaatlichkeit

Die Präsidentschaft beabsichtigt, die Rechtsstaatlichkeit als fundamentalen Wert der Union weiter zu fördern. Dabei soll ein umfassender und effizienter Ansatz zur Prävention, Schutz sowie Förderung der Rechtsstaatlichkeit angestrebt werden, wobei gleichzeitig der Dialog und die Einheit der Mitgliedstaaten gestärkt werden soll.

Strafrecht

Der Schwerpunkt der legislativen Arbeit im Bereich des Strafrechts soll auf der Finalisierung der Trilogverhandlungen über das E-Evidence-Paket (Vorschlag für eine Verordnung über Europäische Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen (COM (2018) 225) und Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Bestellung von Vertretern zu Zwecken der Beweiserhebung in Strafverfahren (COM (2018) 226)) liegen. Insoweit hat zwar der Rat bereits seine allgemeine Ausrichtung zu beiden Vorschlägen verabschiedet. Im Europäischen Parlament hat die Berichterstatterin MdEP Birgit Sippel (S&D) erst im November 2019 ihren Bericht im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) vorgestellt. Im Dezember 2019 wurden über 800 Änderungsanträge zu dem Bericht eingereicht. Ab Januar 2020 sollen im Ausschuss die Verhandlungen zwischen der Berichterstatterin sowie den Schattenberichterstattern über die Änderungsanträge beginnen. Eine Abstimmung im Plenum des Parlaments ist zurzeit frühestens im Februar 2020 realistisch. Aus diesem Grunde erscheint der Abschluss der Trilogverhandlungen über das E-Evidence-Paket unter kroatischer Ratspräsidentschaft recht ambitioniert.

Ebenfalls soll die Tätigkeitsaufnahme der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSa) Ende 2020 gefördert werden, indem die notwendigen Vorbereitungen zeitgemäß erfolgen. Eine weitere Priorität des kroatischen Vorsitzes liegt auf der effizienten Umsetzung der bereits bestehenden Rechtsinstrumente der EU im Bereiche der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen.



Zivilrecht

Das Hauptanliegen der kroatischen Ratspräsidentschaft im Bereich des Zivilrechts ist der Abschluss des Trilogs und die Annahme der Verordnungen (KOM (2018) 378 und 379) zur Überarbeitung der EU-Zustellungsverordnung Nr. 1393/2007/EG und der EU-Beweisnahmeverordnung Nr. 1206/2001/EG. Das Kernanliegen der Revision der beiden Rechtshilfeverordnungen ist die Digitalisierung der ziviljustiziellen Zusammenarbeit. Durch den verstärkten Einsatz moderner Technologien in dem Bereich sollen die Verfahren beschleunigt und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Justiz erleichtert werden. Der Justizrat hatte zuletzt am 03.12.2019 eine allgemeine Ausrichtung zu beiden Verordnungsvorschlägen erzielt. Das Europäische Parlament hatte zuvor bereits zu beiden Verordnungsvorschlägen seinen Standpunkt angenommen. Die Trilogverhandlungen können demnach zeitnah aufgenommen werden. Da die Positionen zwischen Rat und Parlament nahe beieinanderliegen, könnten diese Dossiers unter kroatischer Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden.

Zudem sollen die Arbeiten an dem Verordnungsvorschlag über das auf die Drittwirkung der Forderungsübertragung anzuwendende Recht (KOM (2018) 96) weiter vorangebracht werden.

Justiz im digitalen Zeitalter, Fortbildung und MFR

In dem Bereich beabsichtigt die kroatische Ratspräsidentschaft einerseits die weitere Fortentwicklung sowie Förderung der E-Justiz (Einsatz von elektronischen Lösungen im Justizbereich). Zudem sollen die juristische Aus- und Fortbildung im EU-Recht weiter verbessert werden, da eine solche Voraussetzung für eine weitergehende Umsetzung des europäischen Acquis und für die Stärkung des Vertrauens in die Justizsysteme zwischen den Mitgliedstaaten sei.

Bei den Verhandlungen im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (MFR 2021-2027) sollen die Arbeiten zu den Verordnungsvorschlägen (COM (2018) 383 und COM (2018) 384) zur Aufstellung der Programme „Justiz“ und „Rechte und Werte“ fortgeführt und möglichst abgeschlossen werden.

Migrations- und Innenpolitik

Auf dem Gebiet der Migrationspolitik wird die kroatische Ratspräsidentschaft darauf hinarbeiten, ein umfassendes, wirksames und menschliches Migrationsmanagement auf allen Fluchtrouten zu erreichen. Kroatien wird sich weiterhin für die Einführung eines nachhaltigen und zukunftsfähigen Rahmens für das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) einsetzen. Weitere Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft sind die Verhinderung illegaler Einwanderung, eine systematischere Umsetzung des Rückführungsmanagements, ein verstärktes Bemühen um eine Einigung bezüglich sicherer Dritt- und Herkunftsstaaten, die konsequente Umsetzung von Rückübernahmeabkommen, kohärentere wirtschaftliche, entwicklungsbezogene und sonstige Maßnahmen im Bereich der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern sowie die Entwicklung eines verlässlicheren Rahmens für die legale Migration.

Schutz der Außengrenzen und Schengen

Weiterhin spielt ein stärkerer Schutz der EU-Außengrenzen weiterhin eine wichtige Rolle. Das sieht die Präsidentschaft als Voraussetzung dafür, wieder zu einem voll funktionsfähigen Schengenraum zurückkehren zu können. Daher sei die Implementierung der neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache ((EU) 2019/1896) von besonderer Bedeutung. Bisher wurden Statusabkommen zwischen der Agentur und Albanien, Serbien sowie Montenegro für den Einsatz in Drittstaaten geschlossen. Kroatien beabsichtigt, weitere Abkommen mit südosteuropäischen Staaten zu treffen. Ähnliche Vereinbarung mit Nordmazedonien sowie mit Bosnien und Herzegowina sind bereits in der Vorbereitung.

Interoperabilität der Informationssysteme und Innere Sicherheit

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Im Bereich der Sicherheit hebt die Präsidentschaft die Bedeutung der Informations- und Sicherheitssysteme hervor. Eine effizientere Nutzung der bestehenden Systeme SIS II (Schengener Informationssystem), VIS (Visa-Informationssystem), und EURODAC (Fingerabdruck-Identifizierungssystem) sowie der neuen Systeme EES (Einreise-/Ausreisensystem), ETIAS (Reiseinformations- und -genehmigungssystem) und ECRIS-TCN (Strafregisterinformationssystem) sei notwendig. Dazu sollen die Verordnungen zur Interoperabilität der Informationssysteme ((EU) 2019/817 und (EU) 2019/818) umfassende Anwendung finden.

Um die Sicherheit innerhalb der EU zu stärken, strebt die Präsidentschaft zudem eine Modernisierung der Polizeizusammenarbeit an. Dabei betont sie die Bedeutung der Bekämpfung der organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität. Daher müsse die Zusammenarbeit zwischen Zoll, Polizei, Grenzschutz, Migrations- und Asylbehörden gestärkt werden. Wichtig sei die Implementierung der Richtlinie (EU) 2019/1153 über die Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten. Ebenso soll die Richtlinie zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (COM(2018) 640 final), die am 12.09.2018 von der Kommission vorgeschlagen wurde nach wie vor verhandelt wird, zeitnah angenommen werden. Darüber hinaus wird die Präsidentschaft weiter an der Nutzung neuer Technologien (künstliche Intelligenz, Drohnen und 5G-Netze) arbeiten und Folgenabschätzungen für die Innere Sicherheit durchführen.

Katastrophenschutz und rescEU

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl an Katastrophen und deren immer komplexer werdenden Natur möchte die Präsidentschaft zusätzliche Kapazitäten für den Schutz der Bevölkerung entwickeln. Der Fokus liegt zunächst auf der vollständigen Umsetzung des EU-Katastrophenschutzmechanismus (rescEU). In dem Zusammenhang bezieht sich die Präsidentschaft auf Kapazitäten für die Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen sowie die Weiterentwicklung der temporären Brandschutz-Kapazitäten zu permanenten Kapazitäten. Zudem strebt die Präsidentschaft die Weiterentwicklung des EU-Wissensnetzwerks im Bereich Katastrophenschutz an.

Fonds

Die Präsidentschaft beabsichtigt, die Verhandlungen zu den drei Fonds – den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF), den Innere Sicherheitsfonds (ISF) und den Fonds für den integrierten Grenzschutz (IBMF) – zeitnah abzuschließen.

Externe Beziehungen

Im Hinblick auf die Beziehung der EU zu den Vereinigten Staaten sollen die Verhandlungen über ein Abkommen bezüglich des grenzüberschreitenden Zugangs zu elektronischen Beweismitteln fortgeführt werden. Ebenfalls sollen die gemeinsame Arbeit gegen den Terrorismus sowie die Bekämpfung schwerer internationaler organisierter Kriminalität, wie z.B. Drogenhandel, intensiviert werden. Die globale Rolle der EU soll durch die Förderung eines koordinierten Ansatzes der Mitgliedstaaten im Bereich des internationalen Privatrechts und bei Aktivitäten u.a. innerhalb der Haager Konferenz oder der Kommission zum Internationalen Handelsrecht (UNCITRAL) bei den Vereinten Nationen gestärkt werden.

Arbeit, Soziales und Gesundheit

Das Kapitel der kroatischen Präsidentschaft mit Bezügen zur Fachpolitik Arbeit, Gesundheit und Soziales steht unter der Überschrift „Eine zufriedenerere und vitalere Gesellschaft.“

Die Präsidentschaft möchte die weitere Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte in den Fokus stellen. Besonderes Augenmerk soll insbesondere auf dem Thema Work-Life-Balance und dem Wohlergehen am Arbeitsplatz liegen. Zudem sollen Maßnahmen zur Beendigung der negativen

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



demografischen Entwicklung und der Migration aus wirtschaftlichen Gründen (soziale Inklusion) vorbereitet werden. Hier möchte Kroatien vor allem bessere (Beschäftigungs-)Möglichkeiten für junge Menschen aus ländlichen Gebieten schaffen.

Auch die Schlüsselthemen Weiterbildung bzw. Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit dem Schwerpunkt lebenslanges Lernen werden im Rahmen der Ratspräsidentschaft besondere Berücksichtigung finden. Kroatien geht davon aus, dass insbesondere hier die Garantie für die andauernde Wettbewerbsfähigkeit der EU liegt. Im Zeitalter der digitalen Revolution stehe die EU, ihre Wirtschaft und nicht zuletzt ihr Arbeitsmarkt auch weiterhin vor neuen globalen Herausforderungen und wachsenden demographischen Veränderungen.

Im Gesundheitsbereich will die kroatische Präsidentschaft die lebenslange Gesundheitsversorgung fördern. Hierbei sollen auch die Themen Organspende und -transplantation, Kampf gegen den Krebs und Herausforderungen des Alterns behandelt werden.

Gleichstellung

Im Bereich Gleichstellung will die kroatische Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt legen. Durch die Stärkung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Frauen soll ein wesentlicher Beitrag zur Armutsbekämpfung und gegen soziale Ausgrenzung geleistet werden. In diesem Zusammenhang plant die kroatische Ratspräsidentschaft die Durchführung einer Konferenz, im Rahmen derer bestehende Hürden für die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt identifiziert werden sollen. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf das Verhältnis zwischen familiären Betreuungs- und Pflegeaufgaben von Frauen und deren Beteiligung am Arbeitsmarkt gerichtet werden. Als weitere Themen der Konferenz sind vorgesehen die Ausrichtung der Ausbildung von Frauen an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, prekäre und atypische Beschäftigungsformen sowie das Risiko von Belästigungen am Arbeitsplatz. Ergebnisse der Konferenz könnten in die von der Europäischen Kommission geplante Gleichstellungsstrategie einfließen.

Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Im Mittelpunkt steht hier der Beginn der substantiellen Beratungen im Rat zum von der Kommission am 11.12.2019 vorgelegten Europäischen Grünen Deal, der u.a. im Rat (Umwelt) am 05.03.2020 vertieft erörtert werden soll. Spezifischer steht vor allem das Thema „Biodiversität“ auf der Agenda des kroatischen Ratsvorsitzes. Auf der Grundlage der noch am 19.12.2019 unter finnischem Vorsitz vom Rat (Umwelt) angenommenen Schlussfolgerungen zur Biodiversitätspolitik auf europäischer und internationaler Ebene will der kroatische Vorsitz die Diskussion über eine Integration des Artenschutzes in die anderen Sektorpolitiken und den Prozess der Festlegung einer EU-Verhandlungsposition zur Vertragsstaatenkonferenz der UN-Konvention über Biodiversität in China im Oktober 2020 voranbringen. Ferner will die kroatische Präsidentschaft die Diskussion über den von der Kommission angekündigten zweiten Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft im Rat anstoßen. Mit Blick auf den Europäischen Grünen Deal stehen damit im Bereich Umwelt- und Naturschutz die beiden Arbeitspakete im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, zu denen die Kommission ihre spezifischen Mitteilungen für Ende Februar bzw. Anfang März 2020 angekündigt hat.

Die kroatische Ratspräsidentschaft plant ferner Beratungen zu den im Dezember 2019 von der Kommission vorgelegten Fitness Checks in den Bereichen Luft und Wasser (siehe dazu die Berichte in den EU-Wochenberichten Nr. 41-2019 vom 09.12.2019 sowie Nr. 42-2019 vom 16.12.2019). Hierzu plant die kroatische Ratspräsidentschaft in beiden Fällen die Erarbeitung und Annahme von Schlussfolgerungen des Rats.

Umweltpolitisch will Kroatien schließlich auch die EU-Position mit Blick auf den Prozess der Festlegung eines strategischen Rahmens für die Chemikalien- und Abfallpolitik auf internationaler Ebene post-2020 vorbereiten.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Verbraucherpolitisch will Kroatien im Rat (Wettbewerbsfähigkeit) die Arbeiten an der Richtlinie zur Einführung von Verbandsklagen auf der EU-Ebene (COM(2018) 184) fortführen (ohne konkrete Aussagen zum Abschluss von Trilog-Verhandlungen zu treffen). Angekündigt wird ferner eine von der Präsidentschaft ausgerichtete Konferenz zur Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs zwischen nationalen Umsetzungs- und Überwachungsbehörden im Bereich des Verbraucherschutzes sowie zur Förderung des Bewusstseins über Verbraucherrechte und deren Wahrnehmung.

Fragen des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit sollen jeweils im Kontext des Grünen Deals und der „Farm to Fork“- Strategie erörtert werden. Für den Bereich Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz will der Vorsitz die Beratungen über Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Ausmerzung von Tierseuchen auf europäischer Ebene fortsetzen.

Landwirtschaft, Forst und Fischerei

Im Bereich der Landwirtschaft sollen prioritär die Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fortgeführt und abgeschlossen werden. Dies betrifft sowohl das eigentliche GAP-Reformpaket, das die Agrarförderung für den Budgetzeitraum 2021-2027 regeln soll, als auch die sogenannten Übergangsverordnungen, die die Kontinuität der Agrarförderung bis zum tatsächlichen Inkrafttreten des GAP-Reformpakets sicherstellen sollen, da ein nahtloser Übergang zum 01.01.2021 nicht mehr zu schaffen sein wird. Dabei will die kroatische Ratspräsidentschaft ein besonderes Augenmerk auf landwirtschaftliche Familienbetriebe und Junglandwirte, nachhaltiges Umweltmanagement, die Stärkung der Bioökonomie und auf Konzepte für sogenannte „intelligente Dörfer“ legen. Die Ratspräsidentschaft will in diesem Kontext eine Ministerkonferenz zur Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung landwirtschaftlicher Familienbetriebe veranstalten. Um die im Bereich der Bioökonomie geplanten Aktivitäten in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene zu beschleunigen und um die Beratungen zur Förderung der Bioökonomie zu intensivieren, beabsichtigt der Vorsitz, hierzu eine Konferenz auszurichten.

Mit Blick auf ein einheitliches Pflanzenschutzniveau in der gesamten Europäischen Union und auf gleiche Bedingungen für europäische Hersteller und Händler will die Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf die Förderung gemeinsamer EU-Vorschriften für die Erzeugung, Inspektion, Probenahme, Einfuhr, den Verkehr und die Zertifizierung von Pflanzenmaterial sowie für die Erkennung, Meldung und Ausmerzung von Schadorganismen legen.

Als Reaktion auf die Herausforderungen für die Forstwirtschaft durch Naturkatastrophen, Schädlingsbefall und durch Waldbrände will Kroatien die Beratungen über die Annahme einer neuen EU-Forststrategie für die Zeit nach 2020 fortsetzen. Den Wäldern wird eine zentrale Rolle bei der Abmilderung der Folgen des Klimawandels und bei der Anpassung an diesen Wandel sowie eine entscheidende Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt beigemessen.

Im Bereich der Fischerei sollen prioritär substantielle Fortschritte bei den Verhandlungen über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds für den Zeitraum 2021-2027 erzielt werden. Um eine wirksame Überwachung und Kontrolle der Fischerei im Sinne eines nachhaltigen Fischereimanagements in der EU zu gewährleisten, wird sich die Ratspräsidentschaft bemühen, Fortschritte bei der Überarbeitung der Fischerei-Kontrollverordnung zu erzielen.

Nachhaltigkeit

Die kroatische Ratspräsidentschaft fühlt sich insgesamt der Unterstützung einer „ausgewogenen, nachhaltigen und inklusiven Entwicklung der Union“ verbunden. Unter der Priorität „Ein einflussreiches Europa“ wird betont, dass die Umsetzung der Agenda 2020 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen der maßgebliche Bezugspunkt für das auswärtige Handeln der Union insgesamt – und nicht nur für die EU-Entwicklungszusammenarbeit – bleibt. Mit Blick auf die Arbeit der verschiedenen Ratsformationen wird die nachhaltige Entwicklung nur im Kontext der weiteren Umsetzung des



Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik vom 08.07.2017 im Rat (Auswärtige Angelegenheiten) erwähnt.

Entwicklungspolitik

Als konkrete Vorhaben im Bereich der Entwicklungspolitik strebt der kroatische Ratsvorsitz im Rat (Auswärtige Angelegenheiten) die Unterstützung eines erfolgreichen Abschlusses eines neuen Abkommens zwischen der EU und den afrikanischen, pazifischen und karibischen Staaten (AKP-Staaten) an (sog. „Post-Cotonou-Abkommen“). Ferner verfolgt der Vorsitz das Ziel einer Vereinbarung zum von der Kommission unter dem Dach des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) vorgeschlagenen neuen Instruments für die Nachbarschaftspolitik, die internationale Zusammenarbeit und die Entwicklungspolitik NDICI (Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument).

Forschung

Im forschungs- und wissenschaftspolitischen Bereich wird die kroatische Präsidentschaft zwei Zielsetzungen verfolgen.

Im Gesetzgebungsbereich beabsichtigt sie, die laufenden Verhandlungen zu den einschlägigen Verordnungs- und Beschlussvorschlägen voranzureiben und, soweit als möglich, auf Seiten des Rates der Europäischen Union, abzuschließen. Im Einzelnen sind das die folgenden Vorschläge:

- Verordnung über das kommende Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, „Horizont Europa“ (2021-2027); dazu gibt es bereits ein partielles gemeinsames Verständnis des Rates und des Europäischen Parlaments.
- Neufassung der Verordnung zur Errichtung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts; dazu gibt es bereits eine partielle allgemeine Ausrichtung des Rates.
- Beschluss über die strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) 2021-2027 zur „Stärkung der Innovationskraft und -kapazität Europas“; dazu soll in der Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 27.-28.02.2020 eine partielle allgemeine Ausrichtung des Rates erreicht werden.
- die Verordnung über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2021-2025) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“; zu diesem Vorschlag konnte in der Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 29.-29.11. 2019 noch keine partielle allgemeine Ausrichtung des Rates erreicht werden.
- der Beschluss zur Änderung der Entscheidung „2007/198/Euratom“ über die Errichtung des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie sowie die Gewährung von Vergünstigungen dafür; die Verhandlungen der Mitgliedstaaten zu diesem Vorschlag ruhen seit dem Sommer des vergangenen Jahres.
- Beschlüsse für die Einrichtung institutioneller Partnerschaften gemäß Artikel 185 bzw. 187 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Rahmen von „Horizont Europa“).

Die Zielsetzung, die Verhandlungen zu diesen Vorschlägen voranzutreiben, verfolgt die kroatische Ratspräsidentschaft unter zwei schwierigen Voraussetzungen: Zum einen ist noch nicht absehbar, wie der Brexit sich auf die Ausgestaltung und die Umsetzung der relevanten Programme und Maßnahmen auswirken wird und in welcher Weise das Vereinigte Königreich mit den betreffenden Programmen als künftiger Drittstaat assoziiert werden kann. Zum anderen ist vor dem Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte nicht mit einem Abschluss der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 der EU zu rechnen. Die möglichen Verhandlungsergebnisse der kroatischen Ratspräsidentschaft werden daher ohnehin unter Haushaltsvorbehalt stehen. Der Artikel zum Globalbudget und zur Binnenverteilung dieses Budgets für das kommende Rahmenprogramm für Forschung und Innovation sowie der Artikel zur Assoziierung von Drittstaaten des

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Verordnungsvorschlags für dieses Programm sind von dem o.g. partiellen gemeinsamen Verständnis des Rates und des Parlaments dementsprechend bislang ausgenommen.

Die zweite Zielsetzung der kroatischen Ratspräsidentschaft im forschungs- und wissenschaftspolitischen Bereich ist eine politische Verständigung über die Ausgestaltung der künftigen beruflichen Rahmenbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie über die Ausgestaltung der künftigen Rahmenbedingungen der Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch aus der und in die Europäische Union, unter der Überschrift „Brain Circulation“. In dem Zusammenhang plant die Ratspräsidentschaft politische Debatten, Veranstaltungen sowie die Ausarbeitung eines "Zagreber Aktionsaufrufs".

Zu den fachlichen Veranstaltungen der kroatischen Ratspräsidentschaft werden Konferenzen zu den Themen Sozial- und Geisteswissenschaften, Gesundheit, zur „Woche der innovativen Regionen in Europa“ (WIRE) sowie zum Marie Skłodowska-Curie-Programm (zur Mobilitätsförderung für Forscherinnen und Forscher im Rahmen von „Horizont Europa“) gehören.

Kultur

Im kulturpolitischen Bereich wird die kroatische Präsidentschaft die folgenden Zielsetzungen verfolgen:

Im Gesetzgebungsbereich beabsichtigt sie, die Verhandlungen zum Verordnungsvorschlag für das künftige Programm „Kreatives Europa“ (2021-2027) voranzutreiben. Zu diesem Vorschlag haben sich sowohl der Rat als auch das Parlament bereits frühzeitig teilweise positioniert und der informelle Trilog zwischen Rat und Parlament wurde 09.10.2019 aufgenommen. Allerdings werden die weiteren Verhandlungen auch in diesem Fall durch die beiden o.g. Voraussetzungen erschwert, so dass mögliche Verhandlungsergebnisse der Ratspräsidentschaft zu diesem Verordnungsvorschlag ebenfalls unter Haushaltsvorbehalt stehen werden.

Die zweite Zielsetzung der kroatischen Ratspräsidentschaft ist der politische Austausch über das Risikomanagement im Bereich des Kulturerbes. Hierzu sollen entsprechende Ratsschlussfolgerungen angenommen und verschiedene Veranstaltungen durchgeführt werden, so etwa zu den Auswirkungen des menschlichen Handelns und von Naturkatastrophen (im Zusammenhang mit dem globalen Klimawandel) auf das Kulturerbe und zu neue Erkenntnissen zum Risikomanagement für kulturelles Erbe. Weiterhin beabsichtigt die Ratspräsidentschaft, den politischen Austausch zur Mobilität im Kultur- und Kreativbereich voranzutreiben und hierzu verschiedene Veranstaltungen durchzuführen, so etwa zum Thema „Mobilität in der Praxis: Künstlerische, soziale und ökologische Verantwortung und die Rolle von politischen Entscheidungsträgern, Gemeinden und Organisationen“.

Erweiterung

Die kroatische Ratspräsidentschaft betont in ihrem Programm, dass eine glaubwürdige Erweiterungspolitik, die auf den Grundsätzen eigener Verdienste sowie einer fairen Konditionalität fußt, den Reformprozess in Südosteuropa vorantreibt und somit einen Beitrag für Wohlstand und Stabilität vor Ort leistet. Die Zukunft der Beitrittsperspektive Albanien und Nordmazedoniens wird von Kroatien erneut hervorgehoben. Die Präsidentschaft will darauf hinarbeiten, dass Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern eröffnet werden. Bosnien und Herzegowina soll bei seinen Bemühungen um Erlangen des Kandidatenstatus unterstützt, Serbien und Montenegro beim Erfüllen der notwendigen Maßnahmen hinsichtlich möglicher Beitrittsverhandlungen ermuntert werden. Auch die Beziehungen zu dem potentiellen Kandidaten Kosovo möchte Kroatien weiter ausbauen. Zuletzt erwähnt die Präsidentschaft die Türkei als Beitrittskandidaten und Schlüsselpartner der EU in einigen Bereichen.

Am 07.05.2020 wird Kroatien einen EU-Westbalkan-Gipfel in Zagreb organisieren.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Weiterführende Informationen:

<https://eu2020.hr/>